

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 2004

Zukunftsfähigkeit Bremens im Ranking bestätigt

Die Fraktionen der CDU und der SPD haben unter Drucksache 16/121 S eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die vorgenannte Große Anfrage wie folgt:

Die Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD bezieht sich auf zwei im Frühjahr 2004 veröffentlichte Großstadtvergleiche.

Bei der ersten Untersuchung „Deutsche Großstädte im Vergleich“ der IW Consult GmbH in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Zeitschrift Wirtschaftswoche (im Folgenden IW-Ranking) handelt es sich um ein Ranking der 50 einwohnerstärksten Städte Deutschlands. Bei der zweiten Untersuchung „Unternehmerfreundliche Großstadt“ handelt es sich um ein Ranking der 25 größten Städte Deutschlands. Basis ist eine im Herbst 2003 durchgeführte Telefonumfrage unter 2.566 mittelständischen Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, der Zeitschrift Impulse sowie der RWE AG durchgeführt (im Folgenden Bertelsmann-Ranking).

1. Welche Positionen belegt die Stadt Bremen beim Städtetest der Wirtschaftswoche in den jeweils untersuchten Bereichen, insbesondere bei der Wirtschaftsstruktur im Bereich Dynamikranking, aber auch im Bereich Niveauranking, und auf welche Maßnahmen führt der Senat diese Platzierung zurück?

Untersucht wurden im Städteranking verschiedene Bereiche, wobei sich die Gesamtbewertung aus zwei Komponenten zusammensetzt: zum einen werden innerhalb der Bereiche die Veränderungen gegenüber dem Basisjahr 1998 untersucht („Dynamikranking“), zum anderen wird mit den absoluten Zahlen aus dem Jahr 2002 bzw. 2003 argumentiert („Niveauranking“).

- Die Auswertung des Dynamikrankings ergibt – sportlich gesprochen – eine Bronzemedaille für Bremen: es liegt im Spitzenfeld der 50 einwohnerstärksten Städte Deutschlands auf Platz 3, d. h. Bremen ist eine der dynamischsten Städte Deutschlands.
 - Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang Bremens Spitzenstellung im „Standortbereich“ – hier ist Bremen der Umfrage zufolge führend auf Platz 1 zu finden. Der Sammelindikator „Standort“ umfasst 19 Einzelindikatoren wie beispielsweise Wirtschaftsindikatoren (Einwohner, BIP je Erwerbstätigen, Arbeitskosten, Einwohner-Arbeitsplatzdichte), aber auch Indikatoren, die Auskunft über die öffentliche Infrastruktur einer Stadt geben (z. B. Ärzte- und Krankenhausbettendichte, Wohnfläche und VHS-Kurse je Einwohner).
 - In den Sammelindikator „Wirtschaft“ fließen fünf Einzelindikatoren (z. B. BIP je Einwohner, Gründungsintensität), Bremen belegt in diesem Bereich im Dynamikranking Platz 15 von 50.
 - Ein weiterer untersuchter Bereich wird unter dem Sammelindikator „Wohlstand“ vorgestellt: hier werden das Arbeitseinkommen und

die Einkommensteuer je Einwohner berücksichtigt und Bremen befindet sich auf Rang 11 des Dynamik-Rankings.

- Zu den Bereichen Arbeitsmarkt sei auf die Antwort auf Frage 2 hingewiesen, Bremen belegt im Dynamik-Ranking hier den dritten Platz.

Diese Ergebnisse bestätigen ein im Juli vergangenen Jahres veröffentlichtes Bundesländer-Ranking¹⁾, demzufolge Bremen bei der Bewertung der Entwicklung der Standortqualität (Entwicklung der Arbeitskosten, Bildungsausgaben, Patentanmeldungen, Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur u. v. m.) mit großem Abstand den ersten Platz unter allen Ländern belegte.

— Beim Niveau-Ranking werden die Städte untereinander verglichen. Hier sind die Werte für die Stadt Bremen noch unbefriedigend. Insgesamt erhält Bremen hier Platz 32. Dieses Ergebnis zeigt deutlich, dass Bremen im Vergleich zu anderen Städten immer noch mit Strukturproblemen zu kämpfen hat.

Dank der positiven Bewertungen im Dynamik-Ranking findet sich Bremen im Städteranking insgesamt auf Platz 19.

Der Bremer Senat ist der Auffassung, dass diese positiven Werte im Dynamik-Ranking die mit Beginn der Sanierungspolitik vorgenommene Neujustierung der bremischen Förderinstrumente in den zentralen Handlungsfeldern Wirtschaftsförderung, Wissenschaftspolitik und Arbeitsmarkt bestätigen. Die regionalen Fördermaßnahmen des Landes zielen sowohl auf alle relevanten Infrastrukturfelder (Gewerbeflächen, Fremdenverkehr, Forschung und Entwicklung, Wirtschafts- und Wissenschaftsinfrastruktur), wie auch direkt auf alle wesentlichen unternehmerischen Aktivitäten ab. Hier ist zu denken an die Investitions-, Ansiedlungs- und Existenzgründungsförderung, an Markterschließungsvorhaben für neue Produkte bis hin zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Wissenschaft und Wirtschaft in innovativen Technologiefeldern.

Schwerpunkt der bremischen Investitions- und Wirtschaftspolitik der letzten Jahre war die Umsetzung des Investitionssonderprogramms. Durch das synergetische Zusammenwirken der drei Säulen Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur inklusive der Verkehrsprojekte, der Tourismusförderung sowie Stärkung zentraler Versorgungsfunktionen und der Stärkung von Forschung und Entwicklung einschließlich der Verbundprojekte Wissenschaft/Wirtschaft hat sich die Innovationskraft des Landes deutlich zum Positiven entwickelt. Es gilt diese Dynamik durch gezielte Investitionen so weiter zu entwickeln, dass es zukünftig zu noch besseren Ergebnissen für die Wirtschafts- und Finanzkraft und Beschäftigungslage Bremens kommt.

2. Wie entwickelte sich der Arbeitsmarkt in Bremen zwischen 1998 und 2003 prozentual, wie steht Bremen in dieser Kategorie im Vergleich zu anderen Großstädten da, und auf welche Maßnahmen führt der Senat diese Platzierung zurück?

Von 1998 bis 2003 verringerte sich die Arbeitslosenquote in der Stadt Bremen um zwei Prozentpunkte (PP). Damit liegt die Stadt Bremen auf Platz 1 der 15 einwohnerstärksten Städte Deutschlands. In Leipzig (+ 3,3 PP), Berlin (+ 2 PP) und München (+ 0,4 PP) hat die Arbeitslosenquote im gleichen Zeitraum zugenommen (Tabelle 1).

1) Bundesländer im Vergleich – Wer wirtschaftet am Besten? Studie der IW Consult GmbH in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der Zeitschrift Wirtschaftswoche, Köln, Juli 2003.

Tabelle 1: Entwicklung der Arbeitslosenquoten in den 15 einwohnerstärksten Städten Deutschlands

| kreisfreie Städte | Arbeitslosenquoten* | | | | | | Veränderungen in PP 2003/1998 |
|----------------------|---------------------|------|------|------|------|------|-------------------------------------|
| | 1998 | 1999 | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | |
| Berlin | 16,1 | 15,9 | 15,8 | 16,1 | 16,9 | 18,1 | + 2,0 |
| Hamburg | 11,3 | 10,4 | 8,9 | 8,2 | 9,0 | 9,9 | - 1,4 |
| München | 6,4 | 5,8 | 5,0 | 4,5 | 5,6 | 6,8 | + 0,4 |
| Köln | 13,0 | 12,3 | 11,1 | 10,4 | 10,6 | 11,8 | - 1,2 |
| Frankfurt am Main | 9,7 | 8,7 | 7,4 | 6,5 | 6,9 | 8,5 | - 1,2 |
| Essen | 12,4 | 12,0 | 11,3 | 10,8 | 11,3 | 11,8 | - 0,6 |
| Dortmund | 15,8 | 15,2 | 14,1 | 13,4 | 13,6 | 14,5 | - 1,3 |
| Stuttgart | 8,1 | 7,3 | 6,1 | 5,6 | 6,2 | 7,1 | - 1,0 |
| Düsseldorf | 11,5 | 10,9 | 9,7 | 8,9 | 8,9 | 9,6 | - 1,9 |
| Bremen | 14,2 | 13,5 | 12,3 | 11,5 | 11,6 | 12,2 | - 2,0 |
| Hannover | 14,2 | 13,4 | 12,2 | 13,4 | 12,9 | 13,5 | - 0,7 |
| Duisburg | 15,6 | 14,8 | 13,5 | 12,9 | 13,2 | 13,9 | - 1,7 |
| Leipzig | 15,7 | 16,3 | 17,0 | 17,4 | 18,6 | 19,0 | + 3,3 |
| Nürnberg | 11,7 | 10,9 | 9,5 | 9,1 | 10,2 | 11,5 | - 0,2 |
| Dresden | 14,7 | 14,7 | 14,6 | 14,8 | 14,7 | 14,5 | - 0,2 |

Quelle: Arbeitslose im Jahresdurchschnitt nach Landkreisen, kreisfreien Städten, Regierungsbezirken und Ländern im Bundesgebiet – Statistische Sonderhefte RD Niedersachsen-Bremen. Für 2003 download „Arbeitslose nach Gemeinden“ 12/02 bis 12/03 von der BA, JD-Berechnung auf der Grundlage der Monatsquoten.

* Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. Im IW-Ranking wird ein Rückgang der Arbeitslosenquote im Zeitraum 1998 bis 2003 in Höhe von 2,4 Prozentpunkten angegeben, allerdings auf Basis aller abhängigen Erwerbspersonen.

Der Bereich Arbeitsmarkt wird im Niveau-Ranking des IW durch zwei Indikatoren abgebildet:

1. Arbeitslosenquote vom September 2003 und
2. Anteil der sozialversicherten Beschäftigten am Wohnort je Einwohner im erwerbsfähigen Alter in Prozent (Werte aus 2002, vermutlich Juni).

Hier belegt Bremen im Bereich Arbeitsmarkt Rang 26.

Im Dynamik-Ranking des IW wird der Bereich Arbeitsmarkt durch die Indikatoren

1. Differenz der Arbeitslosenquote von September 2003 zu September 1998 in Prozentpunkten,
2. Wachstum der sozialversicherten Beschäftigten (ohne Minijobs) von 1998 bis 2002 in Prozent

abgebildet. D. h. es werden die Entwicklungen der letzten vier bis fünf Jahre betrachtet, hier belegt die Stadt Bremen im Bereich Arbeitsmarkt den 3. Rang.

In der Zeit von 1998 bis 2003 hat ein verstärkter Wandel des bremischen Arbeitsmarktes hin zum Dienstleistungssektor stattgefunden, insbesondere zu den Bereichen Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Hier wuchs zwischen 1997 und 2002 (bezogen auf das Land Bremen) die Anzahl der Arbeitsplätze um 14.100 bzw. 82,1 % und damit um drei Prozentpunkte stärker als im Bundesgebiet.

Verantwortlich für das positive Abschneiden des bremischen Arbeitsmarktes im Dynamik-Ranking sind nach Auffassung des Senats der wirtschaftliche Aufholprozess, die durch die demographische Entwicklung bedingte Entlastung des Arbeitsmarktes und die arbeitsmarktpolitische Flankierung des Strukturwandels. Seit 1996 hat Bremen wieder Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung des Bundes gefunden. Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes und die Produktivitätsentwicklung verliefen günstiger als im Bundesdurchschnitt, gleiches gilt für die Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Da im Ranking die relative Position zu den Vergleichsstädten ausgewiesen wird, die im Bundesvergleich zumindest ähnlichen ökonomischen Rahmenbedingungen unterworfen waren, muss die spezifisch positive Entwicklung Bremens auf die aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen sein, die wesentlich durch das Investitionssonderprogramm (ISP) und das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm (BAP) geprägt wurde.

3. Welche Entwicklung nahm die Zahl der Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger bzw. der Anteil der Langzeitarbeitslosen zwischen 1998 und 2002 in der Stadt Bremen, welche künftige Entwicklung ist zu erwarten, und welchen Platz belegt Bremen in dieser Kategorie in dem Städtevergleich?

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger/-innen²⁾ nahm von 1998 bis 2002 in der Stadt Bremen kontinuierlich um 6.275 Personen bzw. 11,9 % ab. (Für das Jahr 2003 und die Monatszahlen des Jahres 2004 ist darauf hinzuweisen, dass Sozialhilfeempfänger, die voll unter die Regelungen des 2003 in Kraft getretenen Grundsicherungsgesetzes [GsiG] fallen, seit 2003 nicht mehr zu den Sozialhilfeempfängern gezählt werden, somit ist die Vergleichbarkeit der Zahlen seit 2003 mit früheren Zahlen nur noch eingeschränkt möglich.)

Die Zahlen der Empfänger und Empfängerinnen von Arbeitslosenhilfe (Alhi) und Eingliederungshilfe (Eghi) – ca. 1 % sind Eghi-Bezieher – sind für die Stadt Bremen erst ab 2000 verfügbar. Von 2000 bis 2003 nahm die Zahl der ausschließlich Alhi/Eghi beziehenden Personen in der Stadt Bremen um 21,2 % zu.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen sank in der Stadt Bremen von 13.527 im Jahr 1998 auf 11.530 im Jahr 2003 um 14,8 %. Aufgrund des Rückgangs der Arbeitslosenzahl insgesamt ist deren Anteil in der Stadt Bremen nur geringfügig von 38,2 % der Arbeitslosen im Jahr 1998 über 38,0 % im Jahr 2002 auf 35,7 % im Jahr 2003 zurückgegangen. Im Laufe des ersten Halbjahres 2004 hat sich der Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Arbeitslosen von 35,4 % im Januar auf 41,1 % im Juni deutlich erhöht.

Mit dem In-Kraft-Treten des SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) am 1. Januar 2005 ändern sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Betreuung von und die Leistungsgewährung an erwerbsfähige Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfebezieher/-innen (zukünftig Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld II). Zum einen ist noch nicht bezifferbar, wie sich für die Arbeitslosen- und Sozialhilfebezieher/-innen die neuen Kriterien der Hilfebedürftigkeit, insbesondere die Anrechnung von Vermögen und Einkommen, auf die Fallzahlentwicklung auswirken werden. Zum anderen wird mit dem SGB II eine intensiviertere Betreuung und Vermittlung von Arbeitslosengeld-II-Beziehern/-innen und damit ein Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit angestrebt, aber auch dieser Effekt ist für die Stadt Bremen gegenwärtig noch nicht bezifferbar.

Im Städtevergleich der Wirtschaftswoche belegt die Stadt Bremen bei den Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfängern im Niveau-Ranking (Bestand 2002) den 47. Rang von 50. Im Dynamik-Ranking (Entwicklung 1998 bis 2002) belegt Bremen Rang 5.

4. Welche besonderen Chancen ergeben sich aus Sicht des Senats aus dieser Dynamik heraus für wirtschaftliche Einzelbereiche, wie z. B. für die Entwicklung des Tourismus, der Technologiebranche oder der Gesundheitswirtschaft?

Um die erkennbare und in den einschlägigen Rankings dargelegte positive Entwicklung weiter zu verstärken, müssen die wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Investitionen auch künftig auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Dies ist die zwingende Voraussetzung, um die wirtschaftliche Dynamik in einzelnen Bereichen wie dem Tourismus, der Technologiebranche und der Gesundheitswirtschaft noch weiter zu entfalten.

Der Tourismussektor gehört zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige im Land Bremen mit erheblichen Beschäftigungseffekten und guten Beschäftigungsperspektiven. Die Zahl von ca. 16.000 Beschäftigten im Tourismus im Jahre 2002 markiert den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung. Damit konnte die Tourismuswirtschaft einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel und zur Beschäftigungsstabilisierung in Bremen leisten. Projiziert man diese Tendenz in die Zukunft, dann könnte die Tourismusbranche im Lande Bremen bis zum Jahr 2010 annähernd 20.000 Arbeitsplätze zur Verfügung stellen.

2) Berechnete Jahresdurchschnittswerte aus den PROSOZ-Standardauswertungen, Hilfeempfänger mit Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach BSHG.

Ziel der kommenden Jahre ist eine weitere Steigerung der Übernachtungszahlen und Ankünfte, eine Steigerung der Tagesbesucher, eine Erhöhung der Aufenthaltsdauer, eine Erhöhung des Anteils der ausländischen Gäste und daraus resultierend eine weitere Stärkung des Wirtschaftsfaktors Tourismus in beiden Städten des Landes.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der zukünftigen Tourismusförderung für Bremen und Bremerhaven werden die Themen Science Cities, Kulturhauptstadt 2010, Messe, Tagungs- und Kongressstandort, Städte am Wasser sowie die Sicherung und der Ausbau regionaler, nationaler und internationaler Marketing Aktivitäten und Kooperationen sein.

Auch in den technologieorientierten Wirtschaftsbereichen ist eine besondere Dynamik zu erkennen. Am augenfälligsten kommt dies im Technologiepark Universität Bremen zum Ausdruck. Dort ist nach jüngsten Umfragen die Zahl der Unternehmen von 230 mit 3.395 Mitarbeitern in 1998 auf 322 mit 6.200 Mitarbeitern (2003) gestiegen. Die Nähe von Wirtschaft und Wissenschaft hat einen entscheidenden Anteil am positiven Image des Technologieparks Universität Bremen als zentralem Standort für innovative technologieorientierte Unternehmen. Durchschnittlich ist jedes Unternehmen seit seiner Ansiedlung im Technologiepark pro Jahr um zwei Mitarbeiter gewachsen. Gerade kleine Unternehmen mit zwei bis fünf Mitarbeitern sind die Jobmaschine des Technologieparks. Das durch die erfolgreichen Kooperationen von Wissenschaft und Wirtschaft geschaffene positive und innovative Milieu erzeugt eine Aufbruchstimmung, die es im Rahmen der Innovations- und Technologiepolitik weiter intensiv zu unterstützen gilt.

Erklärtes Ziel der bremischen Politik ist es, die Region Bremen/Bremerhaven bis zum Jahre 2010 zu einem der zehn führenden Technologiestandorte in Deutschland zu entwickeln. Die Erreichung dieses ambitionierten Ziels stellt auf eine Profilbildung der bremischen Technologiepolitik ab. Im Zentrum dieser Politik liegen gemäß dem InnoVisions-Programm beispielsweise die Schwerpunkte Logistik, T.I.M.E., Luft- und Raumfahrt sowie Maritime Wirtschaft/Blaue Biotechnologie als zentrale Handlungs- und Innovationsfelder, in denen künftig eine noch stärkere wirtschaftliche Dynamik entfaltet werden wird.

Als ein weiteres dieser zentralen Innovationsfelder soll die Gesundheitswirtschaft fokussiert weiter entwickelt werden. Neuartige Telematikanwendungen/e-health, qualitätsgesicherte Pflegeangebote und altersgerechte Dienstleistungen stellen die Schwerpunkte für die Entwicklung innovativer Produkte, Dienstleistungen und Verfahren in diesem regionalwirtschaftlich bedeutenden Dienstleistungsbereich dar. So sind im Kernbereich des Gesundheitswesens mittlerweile 39.500 Beschäftigte tätig, die eine Bruttowertschöpfung in Höhe von 1,4 Mrd. € erbringen. Dies entspricht 6,5 % des bremischen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000.

5. Hatte bzw. hat die gute wirtschaftliche Dynamik Bremens aus Sicht des Senats Einfluss auf die zuversichtlichere Entwicklung im Einzelhandel?

Bremen muss sich auch künftig dem zunehmenden Großstadtwettbewerb stellen und konkurriert unter Einzugsbereichsgesichtspunkten mit den benachbarten Oberzentren Hannover und Hamburg sowie hinsichtlich des allgemeinen Anspruchsniveaus mit Städten ab einer Größenordnung von 400.000 Einwohnern. Bezogen auf den Faktor Zentralität nimmt Bremen heute bereits mit Rang 5 – nach Nürnberg, Hannover, München und Stuttgart – unter den 15 Großstädten ab 400.000 Einwohnern eine gute Ausgangsposition ein. Erste Erfolge dieser Anstrengungen der vergangenen Jahre zeigen sich in einem langsam spürbaren Imagewechsel Bremens und der Bremer Innenstadt. War Bremen vor wenigen Jahren überregional kaum bekannt, verbreitet sich ganz allmählich das Bild von einer modernen, dynamischen Stadt, die, ausgehend von enormem Nachholbedarf, allmählich den Anschluss an die allgemeine Entwicklung findet. Umsatzsteigerungen von 1,2 % in landbremischen Einzelhandel insgesamt und leicht zunehmende Umsätze in der Bremer Innenstadt – plus 2 Mio. € nach Angaben der Handelskammer Bremen – spiegeln diese Entwicklung wider und lassen eine leichte Verbesserung der zuletzt

unbefriedigenden Entwicklung erkennen³⁾. Generell gilt jedoch, dass die Binnennachfrage und der Güterkonsum von einer Reihe gesamtwirtschaftlicher Faktoren abhängen, die auf örtlicher Ebene nicht direkt beeinflusst werden können.

Beeinflusst werden können die örtlichen Rahmenbedingungen für den bremschen Einzelhandel. Die Attraktivierung der Innenstädte und Nebenzentren war und ist ein wesentlicher Schwerpunkt der bremschen Sanierungspolitik. Mit der erfolgreichen Umsetzung des Sofortprogramms Innenstadt und Nebenzentren von 1999 bis 2004 und im Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Vorhaben entstanden eine Reihe von publikumswirksamen Angeboten und Einrichtungen, die dazu beigetragen haben, dass die Bremer Innenstadt und ihre Einrichtungen nachweislich an Kunden, an Besuchern, an Investoren, an Betreibern und an Zuspruch bei den Bremerinnen und Bremern gewonnen hat.

Insofern sieht der Senat in der wieder optimistischeren Stimmung im Einzelhandel trotz schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes auch einen Erfolg seiner Politik zur Stützung des bremschen Einzelhandels.

6. Welche Investitionen und sonstigen Maßnahmen hält der Senat für notwendig bzw. sind in Planung, um dieses hohe Niveau in der Dynamik zu halten oder sogar auszubauen?

Der Senat führt die ausgesprochen positive Bewertung Bremens hinsichtlich der Entwicklungsdynamik bei Städte- und Länder-Rankings in erster Linie auf die besonderen wirtschaftsstruktur- und arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen des Landes zurück, die ihrerseits wiederum durch die wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Maßnahmen des Investitionssonderprogramms und die beschäftigungsfördernden Interventionen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP) geprägt sind. Insofern sieht der Senat eine nachdrückliche Bestätigung des wachstumsorientierten Sanierungskurses, dessen Fortführung in Form der Realisierung des zunächst bis 2014 laufenden Anschlussinvestitionsprogramms (AIP) für Bremen alternativlos ist. Die konkrete inhaltliche Ausgestaltung des AIP in den kommenden Jahren wird nach Vorstellungen des Senats schrittweise über eine maßnahmeorientierte Ausfüllung des Mittelrahmens bzw. festzulegende Zwischenfinanzierungs-Margen erfolgen. Auswahl und Prioritätensetzungen richten sich dabei notwendigerweise nach dem Grad der regionalwirtschaftlichen Vorteilhaftigkeit der Maßnahmen.

Die programmatischen Ansatzpunkte für eine Verstetigung der wirtschaftlichen Dynamik Bremens stellen sich aus Sicht des Senats wie folgt dar:

Im Bereich der Mittelstandspolitik wird zielstrebig an Erleichterungen und Verbesserungen der Rahmenbedingungen für mittelständische Unternehmen gearbeitet. Mittelständische Unternehmen tragen maßgeblich zu einem erfolgreichen Strukturwandel bei. Die Initiative „Mittelstandsenquete Bremen“ hat Vorschläge zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den heimischen Mittelstand entwickelt. Ziel des Senats ist es u. a., das Thema Entbürokratisierung/Deregulierung, die Stärkung des regionalen Mittelstandes und die Einleitung entsprechender Erleichterungen mit hoher Priorität weiter zu verfolgen.

Mit der betrieblichen Investitionsförderung unterstützt Bremen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Ziel der Förderungen sind die Neuschaffung bzw. Sicherung von wettbewerbsfähigen Dauerarbeitsplätzen, die Steigerung des Pro-Kopf Einkommens in der Region sowie die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur durch Erhöhung der privaten Investitionstätigkeit und Stärkung und Weiterentwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen. Ferner leistet die Förderung einen aktiven Beitrag zur Verhinderung der Verlagerung von Unternehmen in das Umland. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der verstärkten Nutzung des Beschäftigungspotentials im Bereich von

3) Im Städteranking von Anfang 2003 gilt Bremen mit einer Positionsverbesserung gegenüber 2000 um 14 Ränge als Aufsteiger Nummer 2, und nimmt somit unter den Großstädten ab 400.000 Einwohner Rangplatz 9 ein, siehe z. B. Cimadirect, Heft 4, 2002, S. 31, oder Ergebnisse des Rankings von 60 deutschen Städte in Capital, 2/2003, S. 21 ff.

hochwertigen, insbesondere unternehmensbezogenen und technologieorientierten Dienstleistungen. Mit dem landeseigenen Investitionsförderprogramm (LIP) in Verbindung mit der nationalen Regionalförderung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) steht der bremischen Wirtschaft hierfür ein adäquates Förderpaket zur Verfügung. Der Senat wird sich dafür einsetzen, dass auch künftig ein abgestimmter Förderrahmen erhalten bleibt und auf europäischer Ebene die beihilferechtlichen Spielräume für eine gezielte Investitionsförderung erhalten bleiben.

Existenzgründungen und Existenzfestigungen sind für den Strukturwandel und die wirtschaftliche Dynamik eines Standortes von herausragender Bedeutung. Die bestehenden Förderangebote Bremens in diesem Bereich haben sich im überregionalen Vergleich als sehr wettbewerbsfähig erwiesen. Um dieses hohe Niveau zu halten, ist die Fortsetzung der Existenzgründungsförderung insbesondere im Rahmen der B.E.G.IN-Initiative ein wesentlicher Bestandteil der Anstrengungen des Senats.

Im Bereich der Innovationspolitik verfolgt der Senat mit dem Programm InnoVision 2010 und dem Wissenschaftsplan 2010 drei strategische Ansätze: Erstens sollen vorhandene Technologie- bzw. Innovationsfelder gestärkt und zu überregional wettbewerbsfähigen Kompetenzzentren ausgebaut werden. Zweitens soll das bremische Forschungs- und Entwicklungspotential weiterentwickelt werden. Dies erfolgt vor allem durch qualitätssteigernde Maßnahmen in der Lehre, durch den Ausbau wissenschaftspolitisch relevanter Felder zu Wissenschaftsschwerpunkten und zu „Centers of Excellence“ sowie durch eine umfassende Internationalisierung des bremischen Wissenschaftssystems. Drittens sollen die Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen und FuE-Einrichtungen verbessert werden. Dazu gehört es, innovative, neue Wissenschaftsfelder mit einem Anwendungspotential im Bereich neuer Dienstleistungen zu erschließen und die Akteure aus Wirtschaft und Wissenschaft zu vernetzen, wie es beispielsweise mit dem Landesprogramm „Bremen in t.i.m.e.“ als ein Eckpfeiler von InnoVision 2010 verfolgt wird. Ziel ist es, die Entwicklung des Standorts Bremen in den innovativen t.i.m.e.-Bereichen Telekommunikation, Informationstechnologien, Multimedia und Entertainment nachhaltig zu unterstützen. Außerdem ist ein Angebot attraktiver Gewerbeflächen und Gründerzentren für innovative Unternehmen unabdingbar. Hier verfügt Bremen mit dem Technologiepark Universität und der Airport-Stadt mit dem Gründerzentrum der Hochschule bereits über sehr gute Adressen, die durch den Science-Park an der Internationalen Universität Bremen (IUB) ergänzt werden. Die Aktivitäten Bremens zur Steigerung seines Images als Innovationsstandort haben gerade in jüngster Zeit einen großen Erfolg zu verzeichnen: Bremen wurde vom Stifterverband der deutschen Wirtschaft zur Stadt der Wissenschaft 2005 ernannt.

Ein weiteres Themenfeld von InnoVision 2010 ist die Gesundheitswirtschaft. Medizinischer Fortschritt und die demographische Entwicklung eröffnen neue Möglichkeiten und Wege für eine auf Innovationen ausgerichtete Gesundheitspolitik. Innovationsprojekte bieten neben einer Verbesserung der Versorgungsleistungen die Chance, die gewonnenen Erkenntnisse als Technikangebote, Organisations-, Beratungs- und Qualifizierungsdienstleistungen über Bremen hinaus standortfördernd zu vermarkten.

Die Investitionen aus dem AIP für Forschung und Entwicklung im Bereich Wissenschaft sollen komplementär zum Programm InnoVision 2010 mit neuen anwendungsorientierten Projekten auf Leitthemen und Leitprojekte in den Innovations- und Technologiefeldern gebündelt werden. Wirtschaftsorientierte Projekte in den Hochschulen und Instituten sollen verstärkt und fortgesetzt werden.

Um diesen Prozess zu unterstützen, soll die Leistungsfähigkeit der bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen noch weiter gesteigert werden. Die in der Finanzplanung vorgesehenen Umbauinvestitionen Wissenschaft sollen daher auch zur Stärkung der regionalen Kooperation Wirtschaft/Wissenschaft, zur frühzeitigen Erschließung von sich neu etablierenden innovativen Wissenschaftsfeldern und Stärkung des regionalen Qualifikationspotentials sowie zur Stärkung der wissenschaftlichen Infrastruktur eingesetzt werden.

Durch Prioritätensetzung im AIP und bei den Umbauinvestitionen wird auch sichergestellt werden, dass sich die bremische Wissenschaft am bundeswei-

ten Exzellenzwettbewerb zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen beteiligen kann (Komplementärfinanzierung).

Mit dieser abgestimmten Innovationsoffensive zur weiteren Stärkung des Strukturwandels in Bremen sichert der Senat auch unter schwierigen Haushaltsbedingungen ein Investitionsniveau, mit dem erreicht werden soll, dass sich die dynamische Entwicklung der bremischen Standortfaktoren nachhaltig positiv für die künftige Entwicklung des Landes auswirkt.

In der Gewerbeflächenentwicklung wird der Cluster-Gedanke weiter verfolgt. Die Erfahrungen mit erfolgreichen Projekten wie dem Technologiepark Universität, dem Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen, der Airport-Stadt und dem Fischereihafen in Bremerhaven zeigen, dass heute in erster Linie spezialisierte und netzwerkbildende Profilierungen der Gewerbestandorte zu überregionaler Marktakzeptanz führen. Dieser Ansatz wurde in der Fortschreibung des Integrierten Flächenprogramms 2010 konsequent weiterentwickelt, das auf die Entwicklung eines bedarfsgerechten, regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächenangebots zur Neuansiedlung von Unternehmen oder für die Erweiterung bzw. Umsiedlung bestehender Betriebe zielt.

Die Außenwirtschaft spielt im Gesamtgefüge der bremischen Wirtschaft eine strukturerhebliche und stetig an Gewicht zunehmende Rolle. Um die sich daraus ergebenden Potenziale für Bremen zu nutzen, wurde mit „Bremen Global – Außenwirtschaftsprogramm 2010“ eine Fortschreibung der Außenwirtschaftsprogrammatik vorgenommen, die im Kern auf eine verstärkte und gezielte Akquisitions- und Förderpolitik zielt, um Bremens Rolle als internationaler Wirtschaftsstandort weiterhin zu sichern und auszubauen.

Im Rahmen der wachstumsrelevanten Modernisierung der bremischen industriellen Kerne kommt dem Luft- und Raumfahrtsektor (LuR) ein wesentlicher Stellenwert zu. Hier wird die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Kernunternehmen Airbus, EADS und OHB durch Produkt- und Prozessinnovationen vom Senat nachhaltig unterstützt. Hinzu kommen soll nunmehr die Stärkung der bremischen KMU-geprägten LuR-Zulieferunternehmen, indem Überlegungen angestellt werden, deren technologische Leistungsfähigkeit sowie Kooperationsfähigkeit untereinander, mit den Kernunternehmen sowie der öffentlichen FuE-Infrastruktur mit Unterstützung des Senats zu steigern.

Es ist erklärtes Ziel, Bremen in seiner Funktion als Oberzentrum Nordwestdeutschlands zu stärken und die polyzentrische Struktur mit der Innenstadt, Vegesack und den 14 Nebenzentren in den Stadtteilen sowie den Nahversorgungsbereichen in den Ortsteilen zu stabilisieren und weiterzuentwickeln.

Bremen unternimmt seit längerem erhebliche Anstrengungen, um die Bremer Innenstadt, das Mittelzentrum Vegesack und besonders strukturschwache Stadtteilzentren den sich wandelnden Rahmenbedingungen und Ansprüchen anzupassen. Im Rahmen des Wirtschaftsstrukturpolitischen Aktionsprogramms, des Investitionssonderprogramms, dem Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren 1999 bis 2004, der Städtebauförderung – aber auch mit Hilfe von EU-Programmen – wurden bisher nicht nur das Erscheinungsbild der Bremer Innenstadt, des Zentrums Vegesack und einzelner Stadtteilzentren mit dringendem strukturpolitischen Handlungsbedarf verbessert, sondern auch Funktionsschwächen ausgeglichen oder beseitigt.

Mit dem Programm „Innenstadt- und Stadtteilentwicklung in der Stadt Bremen – Aktionsprogramm 2010“ werden für die kommenden Jahre neue Projekte benannt, die das Zentrensystem (Innenstadt, Vegesack und Stadtteile mit ihren Zentren) weiterhin stabilisieren und entwickeln und somit die Qualität der bremischen Stadtstruktur zukunfts- und wettbewerbsfähig machen sollen. Das Programm wurde gemeinsam vom Senator für Bau, Umwelt und Verkehr und dem Senator für Wirtschaft und Häfen in enger Kooperation auf Stadtteilebene und mit der Handelskammer Bremen entwickelt und folgt einem integrativen Ansatz. Es wird inhaltlich mit laufenden und geplanten Maßnahmen der Städtebauförderung und entsprechender EU-Programme in den Stadtteilen abgestimmt. Darüber hinaus folgt das Programm dem Prinzip der inhaltlichen und räumlichen Schwerpunktsetzung, um ein Höchstmaß an privaten Investitionen zu initiieren, um gezielt die

- Rahmenbedingungen für Standortsicherheit und Arbeitsplatzstabilisierung zu verbessern,
- die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und
- die Identifikation der Bremerinnen und Bremer mit ihren Stadtteilen zu stärken.

Die wirtschafts- und finanzkraftstärkenden Maßnahmen des ISP sollen auch zukünftig arbeitsmarktpolitisch durch das BAP flankiert werden. Die Beschäftigungssituation auf dem regionalen Arbeitsmarkt kann verbessert werden, wenn ausreichend und richtig qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, um angebotene Arbeitsplätze und mobilisierbare Arbeitsplatzpotentiale zu besetzen und auszuschöpfen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Beratungs-, Orientierungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen gefördert werden, um die Potentiale von Beschäftigten und Arbeitslosen zu entwickeln. Nur über diesen Weg wird es gelingen, eine positive Beschäftigungsentwicklung auch zu einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit zu nutzen. Die enge Verzahnung von wirtschafts-, technologie-, ausbildungs- und arbeitsmarktfördernden Programmen, insbesondere unter Einbindung der Agentur für Arbeit mit ihren Beratungs- und Fördermöglichkeiten, wird auch weiterhin ein wichtiger Schlüssel für eine Verbesserung der regionalen Arbeitsmarktsituation sein.

Eine Fortführung der eingeschlagenen Wirtschafts-, Wissenschafts- und Arbeitsmarktpolitik mit finanzieller Unterstützung aus EU- und Bundesmitteln ist auch weiterhin unverzichtbar, damit die äußerst positiven Bewertungen im Dynamik-Ranking sich zukünftig auch im Niveau-Ranking niederschlagen.

7. Worin sieht die Befragung der Bertelsmann Stiftung die besonderen Stärken des Standortes Bremen, und wie kann man diese Stärken noch weiter fördern?

Das Bertelsmann-Ranking untersucht die Unternehmensfreundlichkeit der Serviceeinrichtungen im Urteil der in der jeweiligen Stadt ansässigen Unternehmer. Nach dem Urteil der Unternehmer nimmt Bremen zusammen mit Karlsruhe unter allen 25 verglichenen Großstädten den zweiten Rang ein. Als besonders wirtschaftsfreundlich werden in Bremen Politik und Verwaltung eingeschätzt. Den Wirtschaftsförderungsgesellschaften wird in Bremen ein gutes Zeugnis ausgestellt. So wird deren Fachkompetenz und Fähigkeit zum Hineindenken in die Probleme des Unternehmers sehr positiv beurteilt. Auch Handelskammer und Arbeitsamt werden insgesamt positiv beurteilt.

Als besonders positive Standortfaktoren Bremens werden vergleichsweise günstige Standortkosten, vergleichsweise günstige Lohnkosten sowie Lebensqualität als lebendige, kreative Stadt hervorgehoben.

Mit der konsequenten Fortsetzung der Modernisierung der bremischen Wirtschaft wird der Senat die vorhandenen Stärken des Standortes Bremen weiter fördern. In der Antwort zu Frage 6 hat der Senat die aus seiner Sicht zentralen Handlungsfelder aufgezeigt, in denen besondere Potentiale liegen, die dynamische Entwicklung des Standortes weiter voranzutreiben.

